



*Sehr geehrte Damen und Herren,
liebe Parteifreundinnen,
liebe Parteifreunde,*

in der neuesten Ausgabe meines Berichts aus Berlin informiere ich Sie wieder über die aktuellen politischen Geschehnisse aus Berlin und gebe Ihnen einen Einblick über meinen Einsatz für Mannheim. Jederzeit können Sie auch einen Überblick über meine politische Arbeit auf meiner Homepage oder auf meiner Facebookseite gewinnen.

Ihr

HEUTE LESEN SIE IM BERICHT AUS BERLIN:

1. [Bundesverkehrswegeplan 2030](#)
2. [Arbeitnehmerüberlassungsgesetz](#)
3. [Bundesteilhabegesetz](#)
4. [Beteiligung deutscher Streitkräfte an NATO-geführter Operation Sea Guardian im Mittelmeer](#)
5. [Relevantes aus Mannheim und der Region](#)

1. Bundesverkehrswegeplan

Für den Produktionsstandort Deutschland ist eine funktionstüchtige Infrastruktur wichtig. Gut ausgebaute Straßen, Schienen- und Wasserwege müssen für Deutschland als das Land in der Mitte Europas ein hohes Verkehrsaufkommen bewältigen können. Lieferketten zwischen Zulieferern und Hauptwerken müssen über Grenzen hinweg gut abgestimmt sein und Transporte müssen reibungslos funktionieren. Viele Menschen in Deutschland sind auf gute Verkehrswege angewiesen, wenn sie zur Arbeit pendeln.

Die Bundesregierung legt mit dem neuen Bundesverkehrswegeplan ein starkes Programm für die Infrastruktur vor, das in erster Lesung im Plenum des Deutschen Bundestages beraten wurde. Es sieht Mittel in Höhe von 269,6 Milliarden Euro für Erhalt, Sanierung, Aus- und Neubau vor. 1.000 Baumaßnahmen werden konkret benannt. Der neue Bundesverkehrswegeplan setzt Schwerpunkte bei der Modernisierung der wichtigen Verkehrsachsen in Deutschland, in die etwa 70 Prozent der Mittel fließen. Aber auch für den Ausbau wichtiger Verbindungen und die Entlastung von Kommunen durch Umgehungsstraßen sind ausreichende Mittel eingeplant. Besonders berücksichtigt wird, dass viele Unternehmen in unserem Land auch in ländlichen Regionen beheimatet sind und von einer guten Verkehrsanbindung abhängen.

2. Arbeitnehmerüberlassungsgesetz

Im Plenum des Deutschen Bundestages wurde das Arbeitnehmerüberlassungsgesetz in erster Lesung beraten. Darin werden eine Höchstüberlassungsdauer von 18 Monaten sowie eine Gleichstellung hinsichtlich des Arbeitsentgeltes gegenüber den Stammarbeitnehmern nach 9 Monaten eingeführt. Abweichungen hiervon sind durch Tarifverträge unter bestimmten Voraussetzungen möglich. Eine Berücksichtigung von Zeitarbeitnehmern bei den Schwellenwerten im Betriebsverfassungsgesetz wird eingeführt und so definiert, wie das Arbeitnehmerverhältnis in Abgrenzung zu einem Werk- oder Dienstleistungsverhältnis zu verstehen ist. Der Arbeitgeber soll künftig im Vorhinein festlegen, ob der Arbeitnehmer per Zeitarbeit beschäftigt wird, um dem Missbrauch von Werk- und Dienstvertragskonstellationen vorzubeugen.

3. Bundesteilhabegesetz

In erster Lesung diskutierten wir in einer einstündigen Debatte im Plenum, wie die gesellschaftliche Teilhabe und Selbstbestimmung von Menschen mit Behinderungen im Einklang mit der UN-Behindertenrechtskonvention weiterentwickelt und gestärkt werden kann. Schwerpunkt des Gesetzes ist die Neufassung des Neunten Buches Sozialgesetzbuch (SGB IX) – Rehabilitation und Teilhabe behinderter Menschen. Die Eingliederungshilfe aus der Sozialhilfe soll in das neu gefasste SGB IX integriert werden. Fachleistungen der

Eingliederungshilfe sollen künftig klar von den Leistungen zum Lebensunterhalt getrennt und finanziert werden. Die Bundesregierung bezeichnet dies als "kompletten Systemwechsel", da diese Leistungen bisher von der Wohnform abhängig waren und ein sehr großer Teil des Einkommens und Vermögens von der Person selbst sowie von dessen (Ehe-)Partner eingesetzt werden musste. Mit der Erhöhung der Vermögensfreibeträge und der Befreiung der Ehe- und Lebenspartner aus der Finanzierungspflicht soll es künftig möglich sein, deutlich mehr vom eigenen Einkommen zu behalten, so die Regierung. Eine weitere Neuerung ist, daß in Zukunft ein Reha-Antrag ausreichen soll, um alle notwendigen Leistungen von verschiedenen Reha-Trägern zu erhalten. Ein Netzwerk aus unabhängigen Beratungsstellen soll aufgebaut werden, um den Betroffenen Teilhabeleistungen zu erklären. Mit einem Budget für Arbeit soll zudem die Teilhabe am Arbeitsleben gestärkt werden. Anstelle von Werkstattleistungen sollen künftig auch Lohnkostenzuschüsse und Unterstützung im Betrieb durch dieses Budget ermöglicht werden. Eingeplant sind dafür 100 Millionen Euro.

4. Beteiligung deutscher Streitkräfte an NATO-geführter Operation Sea Guardian im Mittelmeer

Auf Antrag der Bundesregierung wurde der Beteiligung an der NATO-geführten Operation Sea Guardian bis zum 31. Dezember 2017 zugestimmt. Die Nachfolgemission der Operation Active Endeavour dient dazu, im Mittelmeerraum einen Beitrag zur Abwehr des maritimen, gegen NATO-Mitglieder gerichteten Terrorismus zu leisten. Neben der Stärkung der Seeraumüberwachung und dem Ausbau der maritimen Sicherheitskapazitäten der Anrainerstaaten durch Ausbildung und gemeinsame Übungen soll auch die Mission Eunavfor Med Sophia unterstützt werden, indem Aufgaben zur Durchsetzung des Waffenembargos gegen Libyen mitübernommen werden. Die Personalobergrenze soll bei 650 Soldaten liegen.

5. Relevantes aus Mannheim und der Region

Moll-Gymnasium zu Besuch in Berlin

17 Schülerinnen und Schüler des Moll-Gymnasiums besuchten den Deutschen Bundestag in Berlin. Die Schüler wurden von ihren Lehrkräften Ralf Herzog und Dominik Stieber begleitet. Der Besuch fiel in eine Sitzungswoche des Deutschen Bundestags, so daß die Schülerinnen und Schüler als ersten Programmpunkt eine Debatte auf der Besucherebene des Plenarsaals verfolgen konnten. Daran schloß sich ein Gespräch mit meinem Mitarbeiter an. Die Schüler hatten zahlreiche Fragen zu den Abläufen des Parlaments, zu meinen Themenschwerpunkten Auswärtiges und Menschenrechte und waren besonders an meinem Einsatz für Mannheimer Belange interessiert. Zwischen Bundestagsdebatte und Gespräch



bestand die Gelegenheit zu einem Kuppel-Besuch, dem Höhepunkt eines jeden Reichstagsbesuchs. Ein Abendessen im Besucherrestaurant des Deutschen Bundestags rundete den spannenden Besuch ab.

Gerne nehme ich Anregungen von Ihrer Seite auf.
Schreiben Sie mir bitte nach Berlin oder rufen Sie mich an.

Prof. Dr. Egon Jüttner MdB

Platz der Republik 1

11011 Berlin

Tel. 030 / 227 – 722 91

E-Mail: egon.juettner@bundestag.de

Internet: www.egon-juettner.de